

Guten Morgen zu Teil 2 des Morgensjournals begrüßt die Fansrenner unsere Schlagzeilen. Zu viel Bildschirmzeit kann laut einer aktuellen Studie bei Kleinkindern zu Entwicklungsverzögerungen führen.

FPÖ-Chef Herbert Kickelwand Bundespräsident Alexander van der Bellen davor nach den nächsten Wahlen eine Staatskrise auszulösen.

Bei der Hilfe für Haushalte, die unter den hohen, variablen Zinsen für ihre Immokredite in die Knie gehen, sieht die Arbeiterkammer die Banken in der Pflicht.

Und Donald Trump wird sich der Justiz in Georgia stellen, das Gericht hat ihm vorsorglich so etwas wie Social Media Fußfesseln angelegt.

Davor aber und Eingangs die Wetterprognose und der Schulerbeter.

Die Hitzewelle setzt sich fort und könnte im Osten sogar bis über den Sonntag hinaus anhalten.

Heute scheint fast den ganzen Tag die Sonne erst spät tauchen in manchen Regionen etwas mehr Wolken auf und es werden auch nur einzelne Schauer oder Gewitter entstehen, so am ersten von Tirol und Salzburg über das Inmüll- und Waldviertel bis ins nördliche Weinviertel.

Im Großteil Österreichs bleibt es aber wieder durchwächstrocken.

An der Nordseite der Altmal melischmäßiger Wind aus West bis Nordwest, im Südosten leichter Südwind.

Die Höchstärte 28 bis 36 Grad bis zu 36 im Osten und in 2000 Meter 20 bis 24 Grad.

Auch morgen einige Sonne aber ziemlich schwül, ein paar bewölkte Stunden und Strecken, weil sie auch schau und gewitter.

Handyhalterungen gibt es ja nicht nur fürs Auto, sondern vielleicht haben sie schon gesehen auch für den Kinderwagen.

Was macht zu viel Bildschirmzeit in und mit den Köpfen der Kleinen?

Die Frage stellen sich viele, auch wenn sie immer wieder und zuweilen zu lange auf den Bildschirm-Baby-Sitter zurückgreifen.

Eine aktuelle Studie zeigt, dass zu viel Bildschirmzeit bei kleinen Kindern zu Entwicklungsverzögerungen

führen kann, mehr von Barbara Reichmann.

Weniger als eine Stunde pro Tag für unter vierjährige und gar keine Bildschirmzeit für ganz kleine Kinder unter einem Jahr.

So lauten die Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation WHO.

Doch die Praxis sieht anders aus, wie eine großangelegte Studie aus dem Vorjahr zeigt.

Nur eines von vier Kindern unter zwei Jahren verbringt tatsächlich gar keine Zeit vor dem Bildschirm und nur ein Drittel aller Kinder zwischen zwei und fünf Jahren sieht nicht mehr als eine Stunde pro Tag auf den Schirm.

Wie negativ sich zu viel Handyzeit auswirkt, belegt nun eine aktuell veröffentlichte Untersuchung.

Wenn schon ganz kleine Kinder unter einem Jahr regelmäßig vor den Fernseher, das Tablet oder das Handy gesetzt werden, stellt man bei ihnen Entwicklungsverzögerungen fest.

Sie brabbeln und kommunizieren weniger und später, ihre grob- und feinmotorischen Fähigkeiten sind geringer ausgeprägt und sie sind weniger schnell und geschickt dabei, beim Spielen einfache Aufgaben zu lösen.

Allerdings, es macht einen Unterschied, welche Inhalte ein Kind am Handy sieht, so die

Studienautoren.

Während hohe Bildschirmzeiten zwar generell auch zu schlechterer Sprachentwicklung führen, so zeigte sich Bildungsprogramme speziell für Kinder, können die Sprachkompetenz sogar verbessern.

Vor allem, weil es heutzutage nicht einfach ist, elektronische Geräte völlig aus dem Alltag von kleinen Kindern zu verbannen, empfehlen die Forscher, Bildschirmzeiten niedrig zu halten und von speziell entwickelten Kinderprogrammen könnten etwas ältere Kinder sogar profitieren.

Unter dem Druck des Arbeitskräftemangels hat sich eine österreichische Sektion zuletzt schnell gewandelt.

Österreich sei kein Zuwanderungsland, wurde uns von einigen Parteien zumindest lange vermittelt.

Jetzt heißt es von allen, Österreich braucht Zuwanderung über das Wie und wie viel wird halt heiß diskutiert.

Integrationsministerin Susanne Raab, ÖVP, möchte eigentlich nur hochqualifizierte Zuwanderer und das mit Koordinierungsstellen in den Bundesländern künftig besser organisieren.

Dagegen steht die Warnung von Integrationsexpertinnen, die Debatte über gute oder schlechte Zuwanderungen

in Österreich hinterlasse im Ausland Spuren und mache Österreich für die erwünschten Zuwanderer unattraktiv.

Victoria Walddecker berichtet.

Das Zentrum für Migrantinnen und Migranten erhält viele Anfragen von möglichen Arbeitskräften aus dem Ausland.

Hilfe beim Start in Österreich sei also gefragt, sagt die arbeitspolitische Beraterin Mariam Sing.

Das allein sei aber zu wenig, würden ihre Erfahrungen mit Zuwanderern in Wien zeigen.

Es sind auch sehr viele Menschen, die zwar als Fachkräfte gekommen sind, besonders hochqualifizierte

Menschen und sie haben dann Österreich verlassen und sind weitergezogen, weil einfach die Rahmenbedingungen

für sie nicht so ideal gewesen wären.

Vor allem die soziale Einbindung in die Gesellschaft dürfen nicht vergessen werden, sagt Migrationsexpertin

Judith Kohlenberger.

Diesen Fehler habe man bereits bei den Gastarbeitern aus der Türkei und dem ehemaligen Jugoslawien gemacht.

Liebsten wäre es den Leuten gewesen, die kommen um Sex in der Früh nach Österreich und gehen um 17 Uhr wieder nach Hause und das ganze restliche Leben als Mensch wurde eigentlich nicht abgebildet.

Es gibt so dieses geflügelte Wort, man hat Arbeitskräfte gerufen und Menschen sind gekommen, aber diesen Menschen als solches hat man kaum Möglichkeit auch zur sozialen Einbindung gegeben, zum kulturellen Austausch, zum wirklichen Ankommen in diesem Land.

Das habe bis heute Folgen, sagt Kohlenberger, deshalb müsse sich auch die Haltung Österreichs

ändern.

Die Politik unterscheidet hier gern zwischen guten und schlechten Zuwanderern.

Das Funktioniere in der Praxis nicht, meint Kohlenberger.

Man könne nicht eine Gruppe an Menschen meist Flüchtlinge abschrecken wollen und gleichzeitig versuchen, höher qualifizierte Menschen aus dem Ausland anzuwerben.

Das geht sich in der Praxis nicht aus, weil nämlich die Adressaten, also diejenigen, die nach Österreich kommen sollen, sich einfach auch als Fremde sehen und diesen abblinden Diskurs natürlich wahrnehmen und das kann schon ein Thema auch sein, wenn es darum geht, sich ein europäisches Land auszusuchen.

Wir dürfen nicht vergessen, Österreich ist derzeit schon im Wettbewerb um Arbeitskräfte.

Das habe sich auch in den USA gezeigt, nachdem der damalige Präsident Donald Trump einen Muslim-Bahn verhängt, blieben auch die eigentlicher wünschten hochqualifizierten Arbeitskräfte aus.

Wenn die ÖVP also um Arbeitskräfte aus dem Ausland werben will, aber gleichzeitig über die Kürzung von Sozialleistungen für Zuwanderer diskutiert, werde das im Ausland wahrgenommen, sagt Kohlenberger.

Das Image Österreichs unter Ex-Pets, also ausländischen Arbeitskräften, ist doch nicht hin schlecht.

Österreich gilt hier als besonders unfreundlich.

Ich glaube schon, dass das auch ein Abbild dessen sein kann, was auf politischer Ebene immer wieder in Stimmung gemacht wird gegenüber Flüchtlingen, gegenüber Menschen aus dem Ausland

und ich glaube tatsächlich, da kann die Republik mehr, als die derzeit im Stande ist.

Österreich muss ja also nicht nur Koordinationsstellen für den Arbeitsplatz in Österreich schaffen, sondern auch eine Willkommenskultur aufbauen, in Unternehmen, in der Politik und in der Gesellschaft generell.

Zu einem Rückblick auf das gestrige ORF-Sommorgespräch, da war FPÖ-Chef Herbert Kickel bei der susanischen

Nabelzugast im Besprechungszimmer des Parlaments oder im Stasi-Verhörzimmer, wie es Kickel genannt hat.

Da wurde Kickel auch auf die Ankündigung von Bundespräsident Alexander van der Bellen angesprochen, die FPÖ sollte sie bei den nächsten Wahlen Nummer eins werden, nicht automatisch mit der Regierungsbildung zu beauftragen.

Der FPÖ-Chef van der Bellen davor eine Staatskrise auszulösen.

Die Wahrheit ist ja, dass es um eine Regierung zu bilden, keinen Auftrag des Bundespräsidenten braucht.

Sie haben ja auch Kampagne, Kickel, Nimmal, Koordinaten.

Jetzt wechseln Sie das Thema, aber das haben wir ja schon gehabt, also wenn Sie an die Regierung Schlüssel denken, dann hat es keinen Regierungsbildungsauftrag gegeben und wenn Sie daran denken, dass Bam als noch Pamela Rendi Wagner in dieser Phase, bevor dann Sebastian Kurz zurückgetreten ist, versucht hat hier eine Parteienallianz und damit eine Mehrheit im Nationalrat zusammenzubringen.

Da hat es auch keinen Auftrag gegeben des Bundespräsidenten.

Das heißt, Sie würden es nicht akzeptieren, sondern hat trotzdem eine Mehrheit versucht?
Ja, darum geht es.

Es geht um eine Mehrheit im Nationalrat, darum geht es und dann schlägt die Stunde des Bundespräsidenten.

Dann müsste der Bundespräsident sagen, jetzt haben wir zwar gewählt und jetzt gibt es eine Mehrheit im Nationalrat, aber ich gelobe diese Mehrheit nicht an.

Das ist dann die Staatskrise von der der Herr Hafenecker-Gesprache.

FPÖ-Chef Herbert Kickel gestern in den UF-Sommergesprächen zu Gast bei Susanne Schnabel. Zu einem Thema, das viele Menschen existenzieller bedrängt, zu den rasant gestiegenen Zinsen für Immobilienkredite mit variablem Zinssatz.

Wie viele das aktuell betrifft, zeigt alleine die Tatsache, dass nur 6 % der Immobilienkredite einen Fixzinssatz haben.

Gabriele Skubic von der Arbeiterkammer sieht die Banken jetzt in der Pflicht, wie den Betroffenen geholfen werden kann, auf diese Frage sagt sie im Morgen schon all um sieben.

Man hat ja einen Vertrag abgeschlossen, der Piktermal, aber die Banken haben ja selber schon angekündigt, sie wollen den Kreditnehmerinnen und Kreditnehmerinnen entgegenkommen, da sind

wir schon sehr gespannt, wie sie das machen werden, was sie anbieten werden, da werden wir ein Auge darauf haben.

Es gibt die Möglichkeit, dass man die Laufzeit verlängert, dann sind die Kreditraten, die monatlichen Kreditraten niedriger, man kann befristet stunden, man kann schauen, gibt es nicht doch einen Umstieg auf einen Fixzins, macht das Sinn, das muss man sich alles genau anschauen und durchrechnen.

Sind das realistische Versprechungen beziehungsweise Vorstellungen?

Jetzt haben die Leute Laufzeiten von 35 Jahren angenommen, die sind 30, 35, das noch einmal zu verlängern, das geht ja schon fast in Richtung Sterbetafel.

Stundungen, wie lange hilft das denen?

Eine Umschuldung wird wahrscheinlich auch nicht billiger, die Banken werden jetzt einen Fixzinssatz nicht niedriger hergeben, oder?

Man ist einmal an den Vertrag gebunden, das muss man sich schon mal bewusst machen, aber die Banken haben schon auch eine Verpflichtung, ihre Kunden und Kundinnen zu unterstützen. Denn natürlich, wenn man nicht mehr zahlen kann, dann heißt das, dass letztendlich auch im schlimmsten Fall die Immobilie verwertet wird.

Und ich gehe jetzt einmal davon aus, dass das auch die Banken nicht so wollen.

Das heißt, hier muss man sich wirklich anschauen mit dem Kunden zusammensetzen, was kann man machen, dass man keine Spesen verrechnet, keine Mannkosten verrechnet, wenn man den Vertrag ändert, diese Gebühren eben nicht verrechnet.

Also, da gibt es schon Spielräume, aber natürlich, letztendlich muss man einen Kredit zurückzahlen.

sagte Gabriele Skubic, die Leiterin der Konsumentenpolitik in der Arbeiterkammer im Morgenjournal um sieben.

Von Insolvenzgefahr ist bei vielen Kreditnehmer gewissermaßen die Rede, die Autozubehörkette Faustinger.

Nächstes Thema damit ist längst Insolvent.

Heute um 9 Uhr startet am Landesgericht St.

Bölten die erste Gläubigerversammlung im Sanierungsverfahren.

Manuel Marold berichtet.

Bei der heutigen Gläubigerversammlung wird der Insolvenzverwalter Friedrich Nusterer unter anderem über die Höhe der angemeldeten Forderungen informieren.

Das Autozubehör- und Werkstättenunternehmen Faustinger hat am 6.

Juli am Landesgericht St.

Bölten einen Antrag auf Einleitung eines Sanierungsverfahrens ohne Eigenverwaltung gestellt.

Laut Insolvenzantrag sind rund 550 Gläubiger sowie eine nicht näher bekannte Anzahl von Gutscheingläubigern betroffen mit Verbindlichkeiten von rund 32 Millionen Euro.

Die Quote für die Gläubiger soll bei 20 Prozent liegen.

Faustinger ist nach 2001 und 2018 schon zum dritten Mal pleite drastisch veränderte Rahmenbedingungen

wie Corona, Inflation und Kaufkraftverlust der Kunden hätten die neuerliche Insolvenz notwendig gemacht, hieß es vom Unternehmen.

In die USA jetzt.

Frühere US-Präsident Donald Trump will sich nach der Anklage wegen versuch dem Wahlbetrug am Donnerstag der Justiz im US-Bundestadt Georgia stellen.

Es geht um seine mutmaßlichen Versuche den Ausgang der Präsidentschaftswahl 2020 in Georgia zu drehen.

Zuvor hatte das Gericht die Kautions für Trump festgelegt und ihm quasi Social Media Fußfesseln angelegt, während er Sophie Meyer berichtet.

Es sind die bisher strengsten Regeln in den 4 Strafverfahren gegen Trump.

300.000 Dollar Kautions muss er hinterlegen und er darf sich nicht mit seinen früheren Verbündeten und 18 mitangeklagten persönlichen Über-Einzelheiten austauschen.

Verboten wurde Trump auch möglicher Zeugen zu bedrohen und die juristische Arbeit zu behindern, das umfasst laut dem Gerichtsdokument ausdrücklich auch Posts auf Social Media.

Trump inszeniert sich online bisher als Opfer einer Hexenjagd und beschimpft regelmäßig Vertreter der Justiz.

Diesen Bedingungen hat auch Trumps Verteidiger zugestimmt, der Ex-Präsident selbst will sich am Donnerstag den Behörden in Atlanta stellen, er werde sich von der links-radikalen Staatsanwältin Willis verhaften lassen, schreibt er dazu auf seiner Online-Plattform

Juice Social.

Bis Freitag war Trump eine Frist gegeben worden, sich freiwillig in Georgia zu stellen.

Der amtierende US-Präsident wiederum Joe Biden hat nach der Brandkatastrophe die Insel Maui besucht.

Beiden hat an einer Trauerfeier teil genommen und den Bewohnerinnen und Bewohnern mehr oder weniger alle Hilfe, die sie brauchen, versprochen, aus den USA berichtet in Kapit.

In der fast völlig abgebrannten Stadt Lahaina hängen dutzende große Kreuz an einem Zaun.

Sie sollen an all die Menschen erinnern, die hier vor zwei Wochen verbrannt sind.

Die Einheimischen wollen, dass US-Präsident Joe Biden bei seinem Besuch hier ihr Leid mitbekommt und mehr Hilfe sendet.

Das Land trauert mit euch und steht hinter euch, sagt der US-Präsident.

850 Menschen werden offiziell noch vermisst, tausende Menschen haben keinen Strom, kein
Händenetz, das Wasser in der Region ist nicht trinkbar und tausende Häuser sind niedergebrannt.

Beiden spricht von Überwältigender zur Störung.

Der US-Präsident sichert den Betroffenen mehr Unterstützung zu, solange es nötig sei.

Zum Abschluss seines Aufenthaltes hat Joe Biden bei einer Zeremonie mit Einheimischen
der 114 Todesopfer gedacht.

Zurück nach Österreich mit einem neuen Tierarzneimittelgesetz wollen die Vorschriften für
den Einsatz von Antibiotika in der Massentierhaltung verschärft werden.

Hintergrund ist, dass durch das breite Fahrbrechen dieser Medikamente gefährliche
Krankheitserreger

resistent werden könnten, Peter Taser berichtet.

Laut Gesundheitsministerium wurden in Österreich zuletzt 39 Tonnen Antibiotika im Jahr in der
Tierhaltung verbraucht.

Mit dem neuen Gesetz sollen Betriebe, die besonders oft Antibiotika einsetzen, genauer
kontrolliert und Maßnahmen dagegen eingeleitet werden, bis hin zu einer Verringerung des
Tierbestandes.

Und es muss nachgewiesen werden, dass Antibiotika gegen eine tatsächliche Erkrankung eingesetzt
werden und nicht nur großflächig vorbeugend.

Es geht vor allem um kritische Antibiotika, die für die Behandlung von Infektionen unverzichtbar
sind, erklärt Clemens Stammler.

Der grüne Landwirtschaftssprecher hat das Gesetz maßgeblich mitverhandelt.

Um ganz einfach zu verhindern, dass sehr viele Antibiotika, die wir dringend brauchen für
die humanen Medizin, wirksamere Antibiotika, so wenig wie möglich eingeschätzt werden
bzw. eingeschätzt werden, obwohl es gar nicht notwendig ist.

Sonst besteht die Gefahr, dass krankheitserreger resistent werden gegen Antibiotika und diese
dann bei Menschen nicht mehr helfen.

Zum Entwurf des Gesetzes aus dem Gesundheitsministerium gab es zahlreiche Stellungnahmen, so
schreibt

die Tiergesundheit Österreich, der Dachverband der Tiergesundheitsdienste der Länder.

Die gezielte Vermeidung neuer und die Verringerung der Ausbreitung bereits bestehender
Antimikrobieller

Resistenzen sind unumgänglich.

Um Resistenzen zu minimieren, muss der rationale Einsatz von Antibiotika forciert werden.

Die Tierärztekammer wiederum verweist darauf, dass in Österreich der Antibiotika-Verbrauch
bereits zurückgehe und sie kritisiert den bürokratischen Aufwand.

Weiter heißt es.

Es darf bezweifelt werden, ob mit den vorgeschlagenen Maßnahmen der Verbrauch

Antimikrobieller-Wirkstoffe

weiter gesenkt werden kann.

Zur Aufrechterhaltung eines hohen Schutzniveaus der Tiergesundheit und des Tierschutzes ist
es weiterhin notwendig, bestimmte Antimikrobielle Stoffe rechtzeitig einzusetzen.

Inzwischen ist das parlamentarische Begutachtungsverfahren abgeschlossen.

Viele eher technische Punkte sind darunter, die auch in einer neuen Fassung des Gesetzes

aufgenommen werden, erklärt Clemens Stammler.

Natürlich gibt es auch bei der Tierschutzfahne Stellungnahmen, die sagen, es ist zu wenig weitreichend.

Aber immer dann, wenn die Stellungnahmen sehr weit auseinandergehen, weiß man genau, dass man eigentlich den Kompromiss getroffen hat, um zwar Reduktionen zu schaffen, aber gleichzeitig die Tieren weiter in Behandlung zu können.

Nun folge noch eine Verhandlungsrunde mit der Volkspartei, so der Abgeordnete, ein Beschluss sei dann im Herbst geplant.

Wir bleiben beim Stichwort Lebensmittel, wenn man Tiere da subsumieren will.

Ab 1. September müssen Kantinen ausschildern, woher sie ihre Lebensmittel beziehen.

Für die Gastronomie gilt das nicht, deren Vertreter in der Wirtschaftskammer wehren sich gegen den, wie sie sagen, zu hohen bürokratischen Aufwand.

Das wiederum bringt eine andere, ebenfalls ÖVP-dominierte Kammer auf die Palme, die Landwirtschaftskammer, mehr von Cornelia Krebs.

Was für Kantinen gelte, müsse auch für Wertshäuser verpflichtend sein, sagt Landwirtschaftskammer

Chef Josef Mosbrock ab.

Ich frag mich schon, warum soll das in der Gastronomie nicht funktionieren?

Das Argument von Gastronomie-Vertretern, eine Herkunftskennzeichnung wäre mit so viel bürokratisch verbunden, lässt er nicht gelten.

Viel mehr ging es wohl ums Geld.

Wer glaubt immer nur das Billigste suchen zu können, egal woher und zu welchem Produktionsstandard.

Er darf sich über solche Zustände und Missstände nicht wundern.

Wie etwa der jüngste K-Babskandal, bei dem verdorbenes Händelfleisch zu 27 Salmonellenvergiftungen

führte und für einen 63-Jährigen sogar tödlich endete.

Ihm sei bewusst, dass es noch Überzeugungsarbeit brauche, so Mosbrocker, aber ...

Es führt aus meiner Sicht kein Weg vorbei.

Eine Herkunftskennzeichnung in der Gastronomie ist weiterhin nicht vorgesehen.

Die Grünen hätten sich dies gewünscht, die ÖVP war dagegen.

Weitere aktuelle Meldungen jetzt noch.

Otto, drei Nachher bitte.

Im südafrikanischen Johannesburg beginnt am Nachmittag der Gipfel der Pricks Staaten, der Wirtschaftsgroßmächter China, Indien, Brasilien, Südafrika und Russland.

Dabei geht es unter anderem um eine mögliche Erweiterung der Gruppe um zusätzliche Länder.

Der russische Präsident Putin wird wegen des internationalen Haftbefehls gegen ihn nur per Videoschaltung dabei sein.

Russland hat eigenen Angaben zufolge erneut ukrainische Drohnen abgewährt.

Zwei Drohnen seien im Großraum Moskau zerstört worden, zwei weiterer über der südwestlichen Grenzregion Bryansk.

Opfer soll es keine geben.

Unterdessen hat Griechenlands Regierungschef Mitsotakis Präsident Zelensky

über seinen Besuch in Athen angeboten,
ukrainische Piloten an F-16-Kampfflugzeugen zu trainieren.

Die SPÖ will eine Reform bei Luxuspensionen.

Geht es nach den Sozialdemokraten, dürfe es die volle Inflationsanpassung von 9,7 Prozent
nur bis zur ASVG höchst Beitragsgrundlage geben.

Bei Pensionen ab 5.850 Euro soll es demnach einen Deckel geben.

Das wäre dann insgesamt eine Erhöhung von maximal 567 Euro, rechnet die SPÖ vor.

Mehr als 12 Jahre nach der Atomkatastrophe von Fukushima

beginnt Japan übermorgen mit der umstrittenen Einleitung des Reaktorkühlwassers ins Meer.

Das hat die japanische Regierung in der Nacht bekannt gegeben.

Die Betreiberfirma begründet den Schritt mit Platzmangel am AKW-Gelände.

Das Wetter, auch heute wieder sehr heiß und überwiegend sonnig,

erst im Lauf des Nachmittags auch Wolken und im Westen und Norden vereinzelt gewittrige
Schauer.

Zeitweise Schwül und Höchstwerte von 28 bis 36 Grad.

Das war's für heute mit dem Morgenjournal.

Für das Journalteam mit Helene Sehlmann, Regie und Sascha Schinol Technik verabschiedet sich
Franz Renner.

Genießen Sie den Tag jetzt gleich und hier mit einem Pasticcio-Gastgeber, der sie überraschen wird.

Copyright WDR 2020